



Hoffentlich ist der Geiselnnehmer ein Jurist!

... und Günter Schabowskis Redenschreiber ist wieder da



Wolfgang Fiedler (CDU) übt daran Kritik, dass sich der GdP-Landesvorsitzende zu viel bei den LINKEN aufhielte. Dieses Gefühl will ich aber gern dergestalt verstärken, dass sich die GdP überall dort aufhält, wo unsere Meinung gefragt und wichtig ist. Dazu gehört auch die FDP und der aktuelle Besuch bei Dirk Adams (Bündnis 90/Die Grünen). Ich bin ihm sehr dankbar für das sehr konstruktive und beiden Seiten dienende Gespräch. Bei der SPD ist unsere Meinung schon auch gefragt, gleichwohl die gemeinsamen Veranstaltungen weniger geworden sind. Am dünnsten sieht es im Parlament aber mit dem Interesse bei der CDU aus, soweit wir die Arbeitsgespräche mit dem Minister separat betrachten. Nach zwei Jahren hat es gerade für ein einziges Treffen vor der Sommerpause gereicht.

Trotzdem gab es aus allen Parteien, einschließlich der vom Finanzminister, gegen dessen neue Polizeiabbauzahlen (1900 Stellen) lautstarke Unterstützung. Alle tragen bei der Polizei zu unserem Bedauern einen Stellenabbau zwar mit, doch einheitlich hat man zwischenzeitlich auch erkannt, dass wir erst einmal mehr Neueinstellungen benötigen. Wir beschreiten schließlich einen Personalabbau und keine Personalabbauklippe! Die wird es aber, wenn wir den massiven Ruhestandsversetzungen nicht aktiv begegnen.

Wir verkraften 900 Stellen Personalabbau in wenigen Jahren genauso wenig, wie 1900 Stellen in mehr Jahren. Deshalb müssen wir die daraus resultierenden Konsequenzen öffentlich machen. Unsere Kollegen und die Bürgerinnen und Bürger interessiert dabei der

Rückgang der Aufklärung am wenigsten! Wo es schmerzlich wird, ist die unausweichliche Schließung jeder zweiten Polizeidienststelle, die Aufgabe der Kontaktbereichsbeamten, ein unakzeptabler Wechsel von Doppel- auf Einzelstreifen, die wegfallende Aufnahme von Verkehrsunfällen ohne Verletzte, kein Ausrücken mehr bei Ruhestörungen sowie Nachbarschafts- und Familienstreitigkeiten, wenn nicht mindestens schon Blut geflossen ist oder keine Anzeigenaufnahme mehr vor Ort bei Straftaten unter 1000 Euro Schaden.

Einen Riesenhandlungsspielraum der Reaktionen auf das Streichkonzert gibt es nämlich nicht und aus den vormals über 800 Beamten sind heute schon nur noch 192 geblieben, die als mehr Blau auf die Straße gekommen sein sollen. Doch selbst wenn es sie gäbe, sind jetzt noch einmal minus 936 Stellen angesagt und in der Politik akzeptiert. Wenn also nicht schnell etwas passiert, was öffentlich aufzeigt, dass die Thüringer Polizei schon heute nach einem 24-Stunden Dauereinsatz komplett ausgeblutet ist, werden wir den Verfall der inneren Sicherheit in einigen Jahren nur noch schwer korrigieren können.

Der Thüringer BdK hat Euren Landesvorsitzenden in einem eigenen Flugblatt für seinen letzten Kommentar kritisiert, in welchem er die GdP zur Sicht auf die gesamte Thüringer Polizei ermahnte und eine Hervorhebung der Kriminalpolizei als „Herren von K“ für nicht zeitgemäß und der Schutzpolizei gegenüber als herabwürdigend erklärte. Die GdP bleibt trotzdem dabei, dass wir den einen nicht über den anderen stellen, weil uns alle Kolleginnen und Kollegen wichtig sind. Von der Formulierung eines elitären herrschaftlichen Expertenwissens halten wir nicht viel und wenn es diese gäbe, hätte zumindest auffallen müssen, dass auch eine nur auszugswise Weiterverwendung oder Verbreitung unserer Artikel ohne Genehmigung des Herausgebers eine Urheberrechtsverletzung darstellt.

Ansonsten freuen wir uns in der GdP aber schon darüber, dass man sich aller-

orts mit unseren Ausführungen auseinandersetzt und damit wollen wir es hinsichtlich der Ausführungen zu einem offenkundig ewig gestrigen BdK-Kommentator belassen. Wir wissen, dass der BdK auch gute Leute hat, mit denen wir gern zusammenarbeiten! Richtig auseinander liegen wir derweil ja bei der eingeforderten „Y-Ausbildung“. Aus GdP-Sicht macht eine komplett gesonderte Ausbildung bei dem immer knapper werdenden Personal nicht viel Sinn. Den Einsatzabsichten des Dienstherrn ließe sich auch mit einer Verschiebung der Unterrichtsanteile an Verkehrslehre und Kriminalistik Rechnung tragen.

Viel wichtiger ist doch die speziell fachliche Fortbildung in der besonderen Aufgabe, beispielsweise von Brandursachenermittlern, die uns nach und nach „aussterben“. Eine „Y-Ausbildung“ wäre aus GdP-Sicht überhaupt erst dann denkbar, wenn es eine vergleichbare Personalentwicklung gäbe, wie wir sie in der Polizei zu einer anderen Zeit schon einmal hatten. Vor der Wende war beispielsweise schon klar, wo man nach Beendigung seines Studiums eingesetzt wird, noch bevor dieses überhaupt begann. Heute beenden die Absolventen der Fachhochschule dem Anschein nach aber immer überraschend ihre Ausbildung und müssen dann plötzlich verteilt werden. Das Verteilungsergebnis sieht zudem auch oft noch so aus, als habe man mit Namen beklebte Dartpfeile auf die Thüringer Landkarte abgeworfen. Wie um alles in der Welt wollen wir dann über Nacht Personal in einem „Y“ ausbilden?

Unseren Recherchen zufolge steht die Verkündung der „Y-Ausbildung“ seitens des Ministers in einem vergleichbar kausalen Zusammenhang wie der historisch verlesene Text von Günter Schabowski. Ohne jede vorherige Diskussion im eigenen Hause hatte einfach jemand so etwas in seine Rede eingearbeitet. Wir meinen, dass man die guten Sachbearbeiter und Fachleute eher in der polizeilichen Praxis findet und nicht

Fortsetzung auf Seite 2



KOMMENTAR

Fortsetzung von Seite 1

schon vor ihrem Studium erkennt. Gelingt es dem Dienstherrn dann persönliche Neigungen mit den dienstlichen Interessen zu verbinden und durch eine ganz speziell fachliche Aus- und Fortbildung zu untermauern, dann wäre da auch so etwas wie Motivation!

Wo aber ist die schon noch? Sogar im Thüringer Innenministerium ist die Motivation nicht nur im Keller, sondern bereits in der Tiefgarage, weil dort die Autos zum Nachhausefahren stehen! Viele Referenten und Referatsleiter begegnen einem kreideblass und man sieht ihnen an, dass die Dauerbelastung an ihrer Gesundheit zehrt. Noch immer wird dort viel zu viel für den Papierkorb gearbeitet oder es werden Unterlagen monatelang nicht unterzeichnet, obwohl sie zuvor unter Peitschenknall mit Hochdruck bis

in die Nächte hinein erstellt werden mussten. Was dabei rauskommt, nennt man eher Verzweiflung als Motivation.

In der Landespolizeidirektion ist die Motivation zwar noch nicht gebrochen, aber es gibt einige Leute, die tüchtig daran arbeiten. Allseits bekannt war ja schon immer, dass für Juristen nicht alles fassbar ist, was man in der täglichen Polizeiarbeit aber trotzdem lösen muss. Da hilft der Kommentar eines Juristen zu tatsächlichen Lebenssachverhalten wenig, wenn diese Fallkonstellation juristisch nicht vorgesehen sei. Einen Zacken schärfer erleben wir das gegenwärtig sogar noch mit dem eingeflogenen Haushälter in der Landespolizeidirektion! Er scheint sich nämlich machtgleich als Finanzminister zu verstehen und glaubt die Polizeiarbeit ausschließlich auf Haushaltsgesichtspunkte zuschneiden zu können. Wofür es keinen Titel gibt, darf

auch nichts bezahlt werden. Diese Weltanschauung kann in einem polizeilichen Großesatz genauso wehtun, wie in der täglichen Dienstgestaltung, die sich im dritten Jahrzehnt der Thüringer Polizei nun anscheinend völlig verändern soll.

Ich hörte da vor wenigen Tagen eine kritische Anfrage, was denn eigentlich passieren würde, wenn man für einen Geiselnnehmer mal plötzlich mehrere Hunderttausend Euro Vorzeigegeld benötigt? Vermutlich würde es sogar schon an der Beschaffung einer geforderten Pizza scheitern, die könnte Tage dauern. Eine gute Antwort in dem Dialog lautete: „Wenn der Geiselnnehmer ein Jurist ist, wird er dafür Verständnis haben!“ Ein Spaß ist das sonst aber nicht und deshalb fordert die GdP den Haushälter dringend auf, endlich in der Polizei anzukommen!

Marko Grosa

AUS DEN KREISGRUPPEN

Sommerfest in Gera

Am 13. 6. 2013 fand auf dem Gelände der LPI Gera in der Theaterstraße das diesjährige Sommer- und

Kinderfest statt. Durch die Organisatoren erhielt auch der neue Kreisgruppenvorstand unserer Organisation die Möglichkeit, sich mit seinem Partner der SIGNAL IDAUNA einzubringen und vor Ort zu präsentieren.

hat, den frisch gebackenen Kreisgruppenvorstand erneut mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Eigens wurde vor Ort ein GdP-Stand eingerichtet, welcher durch finanzielle Unterstützung des Partners SIGNAL IDUNA mit Werbemitteln nicht nur Kinderaugen zum Strahlen brachte. Zudem wurden erstmals allen Kreisgruppenmitgliedern aus dem Budget der Kreisgruppe Getränke- und Essensmarken angeboten. Etwa 50 Mitglieder nahmen das angenehme Angebot auch an. Weiterhin wurde vor Ort aus finanziellen Mitteln der Kreisgruppe Gera das Spielmobil mit Glücksrad, kleinem Fuhrpark und Bastelecke finanziert. Nicht nur aus Sicht der Kreisgruppe Gera war die Veranstaltung ein rundum gelungenes Event. Den Organisatoren und fleißigen Helfern an dieser Stelle herzlichen Dank.

Jan Reinheimer



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: (0361) 598950
Telefax: (0361) 5989511

Redaktion:
Edgar Große (v.i.S.d.P.)
PD Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828

Mit Karina Müller und Annette Kolb waren von der SIGNAL IDUNA zwei Mitarbeiter persönlich vertreten. Zu Beginn dankte die Oberbürgermeisterin der Stadt Gera, Frau Viola Hahn, allen im Hochwasser eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für ihren hochmotivierten Einsatz. In der Eröffnungsrede des Leiters der Landespolizeiinspektion Gera, LPD Andre Röder, wurde unter anderem auch unser Landesvorsitzender Marko Grosa herzlich begrüßt, welcher es sich zusammen mit der Landeskassiererin Kerstin Henninger und seinem Stellvertreter Wolfgang Gäbler nicht nehmen lassen



Jan Reinheimer, Marko Grosa, Jens Krause, Wolfgang Gäbler, Kerstin Henniger (v. l. n. r.) Foto: KG Gera



JUNGE GRUPPE

Bei der Jungen Union zu Gast

Im Rahmen der gewerkschaftlichen Tätigkeit kommt man auch in den Genuss, die Delegiertentage der Nachwuchsorganisationen zu besuchen. So erhielt die GdP für den 26. Landtag der Jungen Union (CDU) vom 6. bis 7. Juli 2013 im „congress centrum neue weimarhalle“ eine Einladung. Unter anderem standen die Wahlen für einen neuen „Nachwuchslandesvorstand“ auf der Tagesordnung. Zu allererst sei gesagt, dass diese Veranstaltung für jedes Mitglied auch mit einem Teilnehmerbeitrag verbunden ist. Für uns als Gewerkschafter auf unseren Delegiertentagen ist dieses jedoch bisher kein Thema.

Das bereits bewährte Landesvorsitzende auch mit einem Spitzenresultat wiedergewählt werden, zeigte der alte und neue Landesvorsitzende Stefan Gruhner mit 95% der Stimmen. Für den ein oder anderen schon sehr erstaunlich waren die hochrangigen Gäste in der Nachwuchsorganisation. U. a. zählten der EU-Kommissar für Energie und Ministerpräsident a. D. Günther H. Oettinger, die Ministerpräsidentinnen Thüringens und des Saarlandes, Christine Lieberknecht und Annegret Kramp-Karrenbauer, der Thüringer Innenminister Jörg Geibert, der Thüringer Finanzminister Dr. Wolfgang Voss sowie der

Generalsekretär der Thüringer Union, Dr. Mario, zu den zahlreichen Besuchern. Das ist natürlich auch ein Verdienst des Vorsitzenden, der in seinen Reden und Ansprachen bereits einen gewissen Feinschliff für die Politik erkennen lässt.

Die Junge Union Thüringen nutzte dieses Wochenende nicht nur für Diskussionen und den Beschluss bildungspolitischer Thesen, sondern die 130 Delegierten verabschiedeten nach eineinhalb Jahren Diskussion zudem ihr neues Grundsatzprogramm. In diesem Grundsatzprogramm gibt es auch Aussagen zur inneren Sicherheit. So steht geschrieben: „Sicherheit zu gewährleisten, ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Daher bedarf es gut ausgestatteter Ordnungsbehörden sowie der Würdigung der Arbeit unserer Polizisten. Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit für den Einzelnen und kein positives Lebensgefühl in Thüringen. Freiheit und Sicherheit stehen in einem ewigen Spannungsverhältnis. Ein funktionierender Staat braucht wie eine intakte Gesellschaft beides. Sicherheit ist dabei die Voraussetzung für Freiheit. Gleichzeitig darf die Freiheit des Einzelnen nur so stark eingeschränkt werden, dass die Sicherheit der Gemeinschaft gewahrt bleibt.“ Für die GdP ist das ein positives Be-

kenntnis, was nun noch mit den richtigen Inhalten gefüllt werden muss. Dass die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte der Jungen Union derzeit auf einem klaren Bekenntnis zu Ehe und Familie liegt, sei hier auch erwähnt.

Nach einer feierlichen Abendveranstaltung kam es am zweiten Tag des Treffens zu einer Diskussionsrunde mit Innenminister Jörg Geibert und Finanzminister Wolfgang Voß zum Thema Leben in Thüringen 2020. Neben den dabei gewonnenen Erkenntnissen für die Jungen Wilden sei hier noch ein gemeinsamer Beschluss der Landesvorstände von JU Thüringen (CDU) und Jusos Thüringen (SPD) erwähnt, welcher auf den Delegiertentag mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Die Junge Union Thüringen und die Jusos Thüringen lehnen ein generelles Alkoholverbot in Thüringer Innenstädten ab. Thüringens Innenstädte müssen offene Orte der Begegnungen bleiben. Statt Verboten fordern sie mehr Aufklärungsarbeit zu Alkoholkonsum und die Schaffung von Freiräumen in Thüringer Innenstädten. Es bleibt an dieser Stelle viel Erfolg für die Umsetzung der Beschlüsse und eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu wünschen.

TECHNIK

Sind Internetarbeitsplätze Luxus?

Die Polizei „Dein Freund und Helfer“ und überall ermittelnd, so oder ähnlich stellt sich wohl der ein oder andere Bürger oder Landtagsabgeordnete seine Polizei vor. Als Quelle schneller und umfangreicher Informationsbeschaffung der modernen Gesellschaft sollte das Internet auch für die Polizei zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund hat wohl auch die FDP-Fraktion eine kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Die Antwort löste seitens der Anfragenden nur Fragezeichen aus.

So wurde dargelegt, dass in der Thüringer Polizei die Standardarbeitsplätze über keinen Internetzugang verfügen. Die Internetarbeitsplätze seien funktionsbezogen und würden in der Regel von mehreren Bediensteten an gesonderten Rechnern genutzt. Grund sei,

dass keine fachliche Notwendigkeit bestehe, alle Standardarbeitsplätze der Thüringer Polizei mit einem permanenten Internetzugang auszustatten. Verwiesen wurde auf des besondere Schutzbedürfnis der Daten der Polizei.

In einer Auflistung sind die Internetarbeitsplätze dargestellt. So hat die Landespolizeidirektion mit allen Untergliederungen 419 Internetarbeitsplätze, das Thüringer Landeskriminalamt 190 und unsere Bildungseinrichtung 24 Internetarbeitsplätze. Die prozentuale Zahl der Arbeitsplätze zum Personalkörper ist im TLKA mit 30% (bei 633 Bediensteten), in der LPD mit 6% (bei 6826 Bediensteten) und im Bildungszentrum mit 9,8% (bei 245 Bediensteten) angegeben.

Internetfähigen Smartphone und internetfähige Tablett-PC wurden eben-

falls abgefragt. In der LPD steht dann nur eine Null vor und nach dem Komma. Jeder Kriminelle ist da der Polizei meilenweit voraus. Erst vor kurzem gab es eine Umfrage mit Prioritätenliste in einer Dienststelle. Allen Kollegen waren die Internetplätze wichtig und sie wollten diese prioritär auch beachtet wissen.

Das sich die Polizei keiner Hoffnung auf Besserung hingeben kann, zeigte diese Anfrage ebenfalls. So wird dargelegt, dass der Bedarf an internetfähigen Arbeitsplätzen in Abhängigkeit zu den erfüllenden Aufgaben steht und derzeit nicht beabsichtigt ist, die Anzahl der Arbeitsplätze signifikant zu erhöhen. Wie so in Zukunft die Bekämpfung von Straftaten gewährleistet und die Arbeit der Polizei weiter vereinfacht werden soll, ist der GdP schleierhaft.



Unterschriften im Landtag übergeben

In der letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause hat der Thüringer Landtag das Gesetz zur Besoldungsanpassung 2013/14 beraten. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses und übergaben dazu mehr als 5400 Unterschriften an die Präsidentin des Thüringer Landtages, Birgit Dietzel.



Landtagspräsidentin Birgit Dietzel nimmt die Unterschriften entgegen.

Foto: Rothe

Am 9. März 2013 hatten sich die Tarifvertragsparteien auf eine Änderung des Tarifvertrages für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder geeinigt. Ab 1. Januar 2013 steigen die Tabellenentgelte um 2,65%. Am 1. Januar 2014 kommen noch mal 2,95% dazu. Insgesamt gleicht der Tarifabschluss nicht nur die Inflationsrate aus, er führt auch zu leichten Einkommensverbesserungen.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten bereits unmittelbar nach Abschluss der Tarifverhandlungen die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten gefordert. Die Landesregierung hatte jedoch auf diese Forderung zunächst nicht reagiert. Der Gesetzentwurf war dann auch erst am 25. Juni 2013, also mehr als drei Monate nach dem Tarifabschluss, dem Landtag zur Beratung zugeleitet worden. Selbst unter Berücksichtigung der notwendigen Ressortabstimmung und der notwendigen Anhörung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, hat sich die Landesregierung damit viel Zeit gelassen.

Die Gewerkschaften im Polizeibereich hatten für ihre Forderung nach zeit- und inhaltsgleicher Übertragung

des Tarifergebnisses gute Argumente. Innenminister Jörg Geibert hat kürzlich die Ergebnisse der polizeilichen Kriminalstatistik und der Verkehrsunfallstatistik vorgestellt. In beiden Statistiken wird erneut die überdurchschnittliche gute Arbeit der Thüringer Polizei sichtbar. Die Ergebnisse wurden zudem ne-

ben der laufenden Umstrukturierung der Thüringer Polizei erzielt, die zusätzliche Kräfte und Ressourcen bindet. Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass der Personalabbau bei der Thüringer Polizei voranschreitet. Wird das Tarifergebnis nicht übertragen, dann würden die Beamten einseitig und ungerechtfertigt zur Sanierung der Staatsfinanzen herangezogen.

Ein Blick in den Landeshaushalt zeigt zudem, dass die Äußerungen von Finanzminister Wolfgang Voss offensichtlich nur der typische Reflex eines Finanzministers auf Tarifabschlüsse darstellt. Im Landeshaushalt 2013 hat der Landtag bereits eine Steigerung der Personalkosten um rund 3% und im Haushalt 2014 noch mal um rund 3,3% beschlossen.

So gesehen sind der Tarifabschluss und die Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten bereits im Landeshaushalt vollzogen. Es gibt also tatsächlich keinen Grund, den Tarifabschluss nicht rückwirkend zum 1. Januar 2013 auch auf die Beamten zu übertragen.

Diese Argumente hatten die Gewerkschaften auch nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfes dem Finanzministerium entgegengehalten, leider ohne Erfolg. Deshalb wurde die Idee mit der Unterschriftenaktion geboren. Rund zwei Monate lang hatten GdP, GEW, ver.di und BAU in den Dienststellen des Landes Unterschriften für die Unterstützung der Tarifforderung gesammelt. Die Unterschriften, die mit



Gewerkschafter diskutieren mit MdL Matthias Hey (SPD).

Foto: Große



BEAMTENBESOLDUNG

mehr als 5400 für die Beamtenschaft in Thüringen durchaus als repräsentativ gelten können, wurden nun mit Blick auf die bevorstehenden Beratungen zum Gesetzentwurf an Landtagspräsidentin Birgit Dietzel übergeben.

In den Gesprächen am Rande der Übergabe wurde aber bereits deutlich, dass einige Abgeordnete Schwierigkeiten mit der Einordnung der Aktion hatten. Der Abgeordnete Matthias Hey meinte z. B., wenn bei der Übergabe der Unterschriften gerade mal 20 bis 25 Gewerkschafter anwesend seien, dann könne ja das Interesse der Beamten an einer zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifergebnisses nicht sehr groß sein. Dass die Gewerkschaften auch mit Blick auf die Funktion des öffentlichen Dienstes ausdrücklich darauf verzichtet hatten, ihre Mitglieder für die Übergabe der Unterschriften zum

Landtag zu holen, musste ihm durch die Gewerkschafter erst erklärt werden.

Die Landtagspräsidentin sicherte zu, dass im parlamentarischen Verfahren die Interessen der Landesregierung und der Beamten berücksichtigt würden und die Entscheidung des Landtages entsprechend ausfallen werde. Leider waren die Signale aus der ersten Beratung des Gesetzes im Plenum nicht sehr ermutigend. Die Opposition sprach sich mehrheitlich für eine Übernahme des Tarifergebnisses aus. Die Regierungskoalition tat sich da schon deutlich schwerer. Die SPD signalisierte durch den Abgeordneten Dr. Werner Pidde zumindest eine Prüfung der Argumente der Gewerkschaften. Der Abgeordnete Maik Kowalleck von der CDU hatte jedoch mehr mit der Verteidigung von Finanzminister Wolfgang Voß (CDU) zu tun, als mit der inhaltlichen Auseinan-

dersetzung mit dem Gesetzentwurf. Der Finanzminister verteidigte den Standpunkt der Landesregierung, wonach der Gesetzentwurf ein guter Kompromiss zwischen den haushaltspolitischen Zwängen einerseits und den Interessen der Beschäftigten andererseits sei. Der Abgeordnete Wolfgang Fiedler legte den Fokus auf die Beförderungen bei der Polizei und die Absicht, in diesem Jahr 10% der Polizeibeamten zu befördern. Durch Klagen der Beamten bestünde jedoch die Gefahr, dass Beförderungen nur in weit geringerem Umfang oder sogar überhaupt nicht durchgeführt werden könnten.

Nach der Sommerpause wird das Gesetz abschließend beraten. Solange müssen sich die Beamten noch gedulden, bevor sie wissen, wie das Tarifergebnis auf die Besoldung und Versorgung der Beamten übertragen wird.

GEWERKSCHAFT INTERN

Geschäftsstelle ausgeschrieben

gez. Stephan Scheidemann
Dipl.-Restaurator (FH)

[0271553]
Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A

- Auftraggeber: Servicegesellschaft für Polizeibeschäftigte mbH
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
- Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung nach VOB/A
- Baumaßnahme: **Neubau Geschäftsstelle der GdP**
- Ort: **Auenstraße 38 a, 99089 Erfurt**
- Die wesentlichen Arbeiten umfassen:
 - Los 1 – Rohbauarbeiten**
 - 370 m² Stahlbeton
 - 120 m² Mauerwerk
 - 390 m² Flachdacharbeiten
 - Los 2 – Fenster, Außen- und Innentüren**
 - 18 St. Kunststofffenster
 - 3 St. Aluminium-Außentüren
 - 19 St. Innentüren
 - Los 3 – Dämmputzarbeiten**
 - 370 m² WDVS, Dämmplattendicke 160 mm
- Ausführungszeiten: August bis Oktober 2013
- Ausgabe der Verdingungsunterlagen:
Die Ausgabe der Verdingungsunterlagen erfolgt ab 10.07.2013 durch Postversand.
Anforderungen richten Sie schriftlich an:
Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Günter Hucke
An den Thingstühlen 27
37115 Duderstadt
Die Unterlagen werden gegen eine Schutzgebühr von 18,00 Euro/Los inkl. 19 % Mehrwertsteuer und Postversand zugestellt, wenn der Betrag auf dem Konto 502 351 der Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01, eingegangen ist. Für die Postzustellung trägt der Bieter das Risiko. Die Schutzgebühr wird nicht zurückerstattet.
- Abgabe der Angebotsunterlagen:
Zusendung bis 01.08.2013 zum Ingenieurbüro Dipl.-Ing. Günter Hucke oder Abgabe zur Angebotseröffnung am 02.08.2013 im Ingenieurbüro Hucke.
 - Los 1: 11:00 Uhr
 - Los 2: 11:15 Uhr
 - Los 3: 11:30 Uhr
- Zuschlag: Zuschlag nach § 16 VOB/A unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte.
- Ende der Zuschlags- und Bindefrist: 31.10.2013
- Nachprüfstelle: Thüringer Landesverwaltungsamt
Weimarplatz 4
99423 Weimar

[0271554]
Öffentliche Ausschreibung – § 17 Nr. 1 VOB/A

- Auftraggeber: Stadtverwaltung Steinbach-Hallenberg

Es geht vorwärts mit der neuen Geschäftsstelle der GdP. In den vergangenen Wochen waren viele vorbereitende Arbeiten zu leisten. Die auf dem Grundstück in der Erfurter Auenstraße befindliche Bauruine wurde abgerissen. Es waren Absprachen mit den Versorgungsträgern über die Abschaltung und den künftigen Anschluss der Medien zu treffen. Die Details zur Finanzierung waren mit den Banken zu besprechen und zu vereinbaren. Auf dem Gelände werden auch zwei Garagen errichtet, die zunächst als Lager dienen sollen.

Im Staatsanzeiger Nr. 27/2013 wurde nun auf Seite A 22 die Ausschreibung für den Neubau der Geschäftsstelle veröffentlicht. Bis zum 2. 8. 2013 haben nun Interessenten die Möglichkeit, ein Angebot für die auszuführenden Bauleistungen bei dem von uns beauftragten Ingenieur-Büro einzureichen. Die Bauausführung soll dann noch im August beginnen und bis Oktober abgeschlossen werden. Spätestens im Dezember soll die neue Geschäftsstelle dann ihren Betrieb aufnehmen.



Baufreiheit wird geschaffen

Foto: Grosa



Erlebnisreiche Fahrt nach Potsdam

Die diesjährige Busfahrt der Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe Nordthüringen führte nach Potsdam. Am 15. 6. 2013 traf man sich pünktlich um 7.00 Uhr auf dem Betriebshof von „Brauerreisen“ in Nordhausen, um dann traditionell mit diesem Unternehmen die Fahrt nach Potsdam anzutreten.

Das Wetter zeigte sich von der besten Seite und so war die Stimmung der Reisegesellschaft von Anfang an erwartungsvoll. Nach einem halbstündigen Pausenstopp auf der Raststätte Köckern kamen wir gegen 10.30 Uhr in Potsdam vor dem Park „Sanssouci“ an. Es folgte eine Führung durch einen Teil der Parkanlagen und besonders durch das „Neue Palais“, dessen Renovierung erst kürzlich abgeschlossen wurde. Es war schon beeindruckend, welchen umfangreichen Pranger,

Schätze und Wertgegenstände die in verschiedenen Zeitepochen dort herrschenden Könige und Fürsten angehäuft hatten.

Sehr anschaulich wurde dargelegt und gezeigt, wie die Einrichtungen der Zimmer und Gemächer nach den Wünschen der jeweils Herrschenden ausgestattet wurden. Es wurde uns auch bewusst, welche umfangreichen Anstrengungen notwendig sind, um die ganzen Schätze der Nachwelt zu erhalten. Nach etwa zwei Stunden war die Führung beendet und den Teilnehmern war klar, dass man mehrere Tage braucht, um den gesamten Park mit seinen Bauten zu erkunden. Nachdem wir uns bei den beiden Frauen für die informationsreiche Führung bedankt hatten, wurde anschließend in der Gaststätte „Klosterkelle“ ein Mittagessen eingenommen.

Gestärkt von dem schmackhaften Menü kamen wir dann zum Höhe-

punkt der Tagesfahrt, eine Schloßerrundfahrt zu Wasser. Es war gelungen, für diese Fahrt eines der neuesten und lukrativsten Schiffe der Potsdamer Flotte zu gewinnen, die „Sanssouci“. Schon der Anblick des Schiffes beeindruckte die Teilnehmer.

Auf der eineinhalbstündigen Fahrt wurden uns vom Wasser aus viele Schlösser und andere Sehenswürdigkeiten gezeigt und auch ihre Entstehung und Bedeutung erläutert. Da das Wetter mitspielte, nutzten viele die Möglichkeit, auf dem Oberdeck Erinnerungsfotos zu schießen. Ein Kännchen Kaffee und ein Stück Kuchen mit Sahne rundete die erlebnisreiche Schifffahrt ab. Auf der anschließenden Heimfahrt im Bus gab es einen regen Austausch der Erlebnisse und man wollte schon wissen, wo es im nächsten Jahr hingeht.

Manfred Wendt



Gruppenbild von der Potsdam-Reise

Foto: Autor



Rennsteigwanderung – Etappe Nr. 6

Saalfeld. Am 3. 7. 2013 trafen sich die Seniorinnen und Senioren mit ihren Partnern zahlreich zur diesjährigen Rennsteigwanderung, der sechsten Etappe. Treffpunkt war Limbach bei Steinheid. Pünktlich um 9.00 Uhr wurde Kaffee und Kuchen gereicht. Als Zugabe gab es in diesem Jahr Kräuterbutter mit Brot und belegte Brötchen.

Nachdem sich alle ausreichend gestärkt hatten, konnten wir uns auf den Weg machen. Zu Beginn der Wanderung legten wir eine Gedenkminute am „Ehrenfriedhof für treuediente Wanderschuhe“ ein. Anschließend wurden wir in der Tourist-Information in Limbach mit einem Kräuterlikör, gereicht in einem Wanderschuh, begrüßt und mit besten Wünschen für Wanderglück auf die Wanderetappe entlassen.

Unser Weg führte uns durch die herrliche Thüringer Natur vorbei an einem Steinbruch, in dem Wetzsteine gewonnen und ehemals in alle Welt geliefert wurden. Weiter ging es bergauf bis zum höchsten Punkt unserer Wanderung, dem Dreistromstein.

Das ist ein hydrographisch interessanter Punkt, der einzigen Dreistromscheide Deutschlands. Hier grenzen die Stromgebiete des Rheins, der Weser und der Elbe aneinander. Die Gewässer sind auf einer dreieckigen Stehle vermerkt und dazu die betreffenden Kleinstaaten um 1900 in Thüringen (nicht zu verwechseln mit dem Kleinstaat Thüringen der heutigen Zeit). Der Sockel der Stehle wurde aus den typischen Gesteinen Granit für die Elbe, Grauwacke für die Weser und Quarz für den Rhein gemauert. Es stellt damit ein einmaliges Wahrzeichen am Höhenweg des Thüringer Waldes dar.

Von hier ging es bergab zum Ausgangspunkt unserer Wanderung nach Limbach. Es wurde in diesem Jahr ausnahmsweise ein Rundwanderweg gewandert, da die verkehrstechnischen Bedingungen, eine größere Straßensperrung, eine andere Lösung nicht zugelassen haben. Der Aufwand zum Versetzen der Fahrzeuge wäre dadurch zu groß gewesen.

Da es für das rituelle Grillen am Ende der Wanderung keine Erlaubnis gab, ließen wir den Tag beim Imbiss an der Gaststätte „Thomas Müntzer“ in Neumannsgrund mit einer deftigen Linsensuppe aus der Gulaschkanone ausklingen. Die Gaststätte ist direkt an der alten Poststraße von Ilmenau nach Coburg gelegen. Wir bedanken uns bei der Tourist-Information Limbach, bei unseren Kuchen-, Kaffee- und Brötchenspendern sowie bei unserem Organisator Erich Hüttenrauch.

Siegfried Wäntig

Rennsteigwanderung 2013



Fotos: BHanft, Kral



Stellenbewirtschaftung in ...

... Sachsen-Anhalt

Die Landesregierung hat in ihrem Personalentwicklungskonzept 2011 bis 2025 (PEK) einen umfassenden Abbau von (Plan-)Stellen in der öffentlichen Verwaltung beschlossen. Gleichwohl hiermit vorgesehen ist, die derzeit 51 600 Stellen bis zum Jahr 2020 auf 40 800 Stellen zu reduzieren, soll eine leistungsfähige Verwaltung erhalten bleiben. Auf die Polizei als integrativer Bestandteil der Landesverwaltung hat dieses „Konzept zum strategischen Personalmanagement“ ebenfalls massive Auswirkungen.

Für den Bereich des Polizeivollzugs ist derzeit eine Zielgröße von ca. 5000 Stellen bis zum Jahr 2020 formuliert. Setzt man diese Zielstellenzahl in Relation zur voraussichtlichen Bevölkerungszahl des Jahres, so wird sich für das Jahr 2020 eine Polizeidichte von 1:365 ergeben. Der Stellenbestand für die Polizeiverwaltung orientiert sich am Polizeivollzug. Eine Relation von 15,8 Verwaltungsstellen zu 100 Vollzugsstellen wurde politisch als sachgerechter Maßstab ermittelt, mithin sind als Ziel 777 Stellen vorgesehen.

Im Land war man deshalb gefordert, eine Polizeistruktur zu schaffen, die unter der vorgenannten Personalentwicklung das erreichte Niveau der öffentlichen Sicherheit und Ordnung garantiert. Bereits im Jahr 2007/2008 erfolgte aus diesem Grund eine Strukturreform. Durch den weiteren Stellenabbau in der Polizei sind derzeit erneute strukturelle Veränderungen in Überlegung. Die sich aus diesen Gründen stets verändernden Stellenzahlen lassen eine perspektivische Stellenbewirtschaftung und -berechnung schwer zu. Die politische Debatte sieht in dieser „Sparwut“ eine immer tiefgreifendere Reduzierung von Stellen und somit von Personal vor. Gleichwohl in der Praxis gute Ansätze im organisatorischen Bereich der Polizei existieren, ist es fraglich und kaum nachvollziehbar, ob für jeden geplanten Dienstposten auch eine entsprechende (Plan-)Stelle vorhanden sein wird.

Uwe Petermann

... Thüringen

Grundlage für die Stellenbewirtschaftung in der Thüringer Polizei ist der Landeshaushaltsplan und der Einzelplan 03 für das Thüringer Innenministerium. Die dort enthaltenen Planstellen (für Beamte) und Stellen (für Tarifbeschäftigte) mit Stand 1. 1. 2010 waren Grundlage für die gegenwärtig noch laufende Polizeistrukturreform (PSR) und damit auch für die aktuellen Organisations- und Dienstpostenpläne. Die Orientierung der Polizeistruktur auf den Stellenhaushalt 2010 ist nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei eine der Schwachstellen vom PSR. Seit dem Haushalt 2010 steht nämlich bereits fest, welche Stellen die Thüringer Polizei bis Ende 2019 noch abzubauen hat. Bei dem vorgegebenen Stellenabbau von mehr als 15 Prozent der Stellen zwischen 2010 und 2020 bezweifelt die GdP, dass die jetzt in Einführung befindliche Struktur dann noch funktionsfähig ist.

Nach dem bisher gültigen Konzept werden im Zeitraum 2012 bis 2020 in der Thüringer Polizei 644 Planstellen für Polizeivollzugsbeamte und 282 Stellen für Tarifbeschäftigte gestrichen. Der Personalabbau erfolgt dadurch, dass nicht alle Altersabgänge bei den Polizeivollzugsbeamten durch Neueinstellungen ersetzt werden. Im Tarifbereich werden Altersabgänge überhaupt nicht durch Neueinstellungen ersetzt. Wird dieser Personalabbau tatsächlich so umgesetzt, so bedeutet das, dass mehr als eine komplette Landespolizeiinspektion mit den ihr nachgeordneten Dienststellen verschwindet. Das ist auch bei einer gleichmäßigen Verteilung der Personalreduzierung auf alle derzeit vorhandenen Dienststellen nicht zu verkraften. Die Folgen davon werden die Schließung von Polizeidienststellen und die weitere Reduzierung von Aufgaben der Polizei sein. Eine Expertenkommission hatte kürzlich sogar eine Reduzierung der Polizei um 1900 Stellen bis 2020 vorgeschlagen. Das wäre der Horror für die Polizei und die innere Sicherheit

Edgar Große

... Sachsen

Grundlagen für die Stellenbewirtschaftung in Sachsen sind das Haushaltsgesetz und der jeweilige Haushaltsplan. Für die sächsische Polizei bedeutet das aktuell, Dauerstellen als Planstellen für Beamte, Stellen für Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen (Personalsoll A) sowie Zeitstellen für Stellen mit befristeten Arbeitsverträgen (Personalsoll B). Des Weiteren sind Leerstellen ausgebracht, die z. B. für Beurlaubungen oder Elternzeit genutzt werden. Auf der Grundlage der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit dürfen nur notwendige Stellen ausgebracht werden. Die objektive Grundlage der Feststellung der Notwendigkeit von Planstellen und Stellen entzieht sich für den Betrachter leider immer öfter.

Der aktuelle Stellenabbau, der z. B. durch kw-Vermerke (künftig wegfallend) im aktuellen Doppelhaushaltsplan ersichtlich ist, beruht auf Festlegungen der Staatsregierung. Ein Aufgabenverzicht auf der Grundlage einer nachvollziehbaren Aufgabenkritik liegt jedoch nicht vor. Auch werden Aufgaben in der Polizei seit über 20 Jahren durch Arbeitnehmer mit befristeten Stellen realisiert. Die Stellenplanung wird also in der Praxis seit Jahren durch enge Vorgaben bestimmt. In deren Folge werden sogar rechtliche Festlegungen von Personalberechnungen für die Erledigung von Aufgaben, wie z. B. bei den Fachkräften für Arbeitssicherheit oder den Betriebsärzten, nicht eingehalten.

Die Ausbringung der Planstellen erfolgt nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen und die der Stellen nach Entgeltgruppen (EG). Für die Gruppe der Beamten wurden im aktuellen Doppelhaushalt für jedes Jahr 400 Stellenhebungen beschlossen. Damit ist eine verbesserte Grundlage für Beförderungsmöglichkeiten gegeben. Der tatsächliche Bedarf wird damit jedoch nicht abgedeckt. Die begrenzte Anzahl höherwertiger Stellen (ab EG 9) für Arbeitnehmer sind ein Hemmschuh für die Einstellung von qualifiziertem Personal und einer nachhaltigen Personalentwicklung.

Torsten Scheller

